

AZB  
CH-8031 Zürich  
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:  
GSoA, Postfach, 8031 Zürich  
adressen@gsoa.ch

**GSoA**

GSoA-Zitig November 2017 Nr. 172

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

# **KAMPFJET-MILLIARDEN: DIE RECHNUNG ZAHLEN WIR!**



## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Ein Thema beschäftigt die Politik wie auch schwerpunktmässig unsere aktuelle Ausgabe: Der Kauf neuer Kampfjets ist immer noch nicht vom Tisch. Dazu haben wir in der Mitte dieser Ausgabe eine Chronologie über die letzten Jahre zusammengestellt. Zwei Artikel unternehmen eine Einordnung der Kampfjetträume der MilitaristInnen in die Geschichte und analysieren die aktuell vorliegenden Beschaffungswünsche.

In der Rubrik GSoAktiv stellen wir die neue AG Rüstung vor und berichten über ein Podium zum Film über die Gripen-Beschaffung. Ausserdem verraten wir den aktuellen Stand der Initiative und verraten die Lösungen des Wettbewerbes aus der letzten Ausgabe. Im Schweiz-Teil, auf Seite 3 geht es um die Verschärfungen bei der Wehrpflichtersatzabgabe sowie den erfreulichen Rückgang der Anzahl Armeewaffen, die nach Ende der Dienstzeit abgegeben werden. Ausserdem beschäftigt uns der Umbau der Informatik-Infrastruktur des VBS, sowie dessen Verletzlichkeit durch Hackerangriffe.

Wir haben versuchsweise ein neues Debattegefäss mit zwei kurzen Meinungsartikeln zum selben Thema auf Seite 6 geschaffen. Es soll uns die Möglichkeit geben, gewisse Themen kontrovers zu diskutieren und Platz für die Darstellung verschiedener Meinungen innerhalb der GSoA schaffen – diesmal am Beispiel der geplanten Zivildienstesätze im Grenzwehrtkorps. Auf derselben Seite gibt es eine ausführliche Replik auf die anhaltende Verunglimpfung des Zivildienstes durch gewisse Militärkreise. Im International-Teil auf Seite 7 beschäftigen wir uns mit den Investitionen in den Streumunitionsproduzenten Textron, sowie mit den Machenschaften privater Söldnerunternehmen. Zum Abschluss möchten wir uns auf der letzten Seite herzlich bei Daniela Fischer für ihre unermüdliche Arbeit für die GSoA-Zitig bedanken und die Möglichkeit nutzen etwas Werbung für das neue Gregor-Feuerzeug zu machen.

Viel Vergnügen beim Lesen der aktuellen Ausgabe wünschen  
Adi Feller und das gesamte Redaktionsteam

## KAMPFJETS

# Podien zum Gripen-Absturz

Wir erinnern uns gerne an jene Monate im Jahr 2014, als die GSoA mit vielen Verbündeten gegen die Beschaffung des Gripen-Jets kämpfte. Am 18. Mai stürzte der Gripen beim Volk ab.

Von Martin Parpan

Der Film «Ein Volk auf der Höhe» blickt hinter die Kulissen der politischen Kampagnenarbeit und zeigt, wie Meinungen der Schweizerinnen und Schweizer gemacht werden. Im Vorfeld des Kinostarts gab es in zahlreichen Städten Vorpremieren mit anschliessenden Podien, in denen die damaligen Kontrahenten nochmals auf den Abstimmungskampf zurückblickten. In den Podien ging es nicht darum nochmals zu diskutieren, ob die Beschaffung des Gripen-Jets Sinn gemacht hätte oder nicht, sondern darum, den Meinungsbildungsprozess zu beleuchten. Dabei entstand der Eindruck, dass die Befürworter der Beschaffung die historische Niederlage immer noch nicht überwunden haben und in ihrer Analyse erstaunlich «unbeholfen» agieren. Das Wesen der direkten

Demokratie, welches im Film hervorragend veranschaulicht wird, wird zwar auch von den Verlierern in den höchsten Tönen gelobt. Gleichzeitig stellen sie aber die Frage, ob es sinnvoll sei, Rüstungsbeschaffungen überhaupt der Stimmbevölkerung vorzulegen. Diese sei in diesen Fragen vielleicht einfach überfordert, so ihr Fazit. Damit wird deutlich, dass der Gedanke, dass das «Nein» der Stimmbevölkerung keine Affekthandlung von Unwissenden war, sondern ganz einfach ein überzeugtes «Nein» zum Konzept der «milliardenschweren militärischen Sicherheitspolitik» nicht in den Denkraster der Militärs passt. Vielmehr sehen sie unglückliche Umstände, schwierige Rahmenbedingungen oder eben einen Systemfehler der direkten Demokratie als Ursache für das Scheitern. Die Bestrebungen des VBS, die nun anstehende Kampfjet-Beschaffung an der Stimmbevölkerung vorbei zu schmuggeln stellt diejenigen, die sich sonst so gerne als «Beschützer der Schweiz» sehen, in ein schiefes Licht. Wer bereit ist, die direkte Demokratie auf dem Altar der Rüstungslobby zu opfern, zeigt totalitäre Züge.

Filmplakat «Ein Volk auf der Höhe»



## GREGOR-QUIZ

# Auflösung Wettbewerb



(mk) Gregor das glückliche Gewehr wurde in der letzten GSoA-Zitig zehn Jahre alt. In einem ausführlichen Interview hatten wir unseren Leserinnen und Lesern die Geschichte des glücklichen Gewehrs nähergebracht, nach seinen Wünschen und Hoffnungen gefragt und über die erfüllenden Aufgaben einer Feuerwaffe gesprochen. Damit auch unsere Leserschaft teilhaben kann an Gregors Jubiläum, haben wir drei Gregor-Shirts verlost unter jenen, welche sich mit Gregors Biografie besonders gut auskennen. Die korrekten Antworten lauten wie folgt:

Frage 1: Wie alt wird Gregor im Jahr 2167?	Antwort: <b>160 Jahre</b>
Frage 2: Wann hat Gregor Geburtstag?	Antwort: <b>Am 1. August.</b>
Frage 3: Wie heisst Gregors grosse, verflozene Liebe?	Antwort: <b>Frida</b>
Frage 4: Wie heisst Gregors Lieblingsmusiker?	Antwort: <b>Bomb Dylan</b>

Herzlichen Dank für die vielen Zusendungen! Die glücklichen Gewinnerinnen und Gewinner wurden direkt benachrichtigt. Natürlich hat es auch für jene, deren Namen nicht gezogen wurden, noch genügen Shirts auf Lager. Sie sind erhältlich in unserem Shop!

## KRIEGSGESCHÄFTE-INITIATIVE

# Ziel kommt in Sichtweite

Der Sammelherbst hätte nicht besser starten können: Am Abstimmungssonntag Ende September konnten wir dank zahlreichen AktivistInnen nach wenigen Stunden 3000 Unterschriften verbuchen. Schritt für Schritt wird das Ziel langsam greifbar – wir bleiben dran! Von Judith Schmid

Jetzt ist er da, der Winter. Es wird spät hell und früh dunkel. Vermummte Gestalten huschen durch die Strassen. Tropfende Nasen sind mit hochgezogenen Schals bedeckt, Mützen tief ins Gesicht gezogen. Die Weihnachtsmärkte werden bereits aufgestellt, Lichterketten lassen die Städte in warmem Licht erstrahlen, überall riecht es nach Marroni und Glühwein. Wir werden der Kälte trotzen und gut eingepackt mit unseren Sammelbrätli dabei sein. Kommst Du auch?

Neben dem Sammeln draussen bietet es sich im Dezember natürlich auch an, mit Unterschriftenbögen an Weihnachtsfesten aufzutauchen. Vielleicht haben ja noch nicht alle Verwandten und Bekannten die Kriegsgeschäfte-Initiative unterschrieben? Du kannst auch deine Weihnachtsgrüsse mit Unterschriftenkarten anreichern. Bögen wie Karten sind bei uns erhältlich.

Rund 30'000 Unterschriften fehlen uns noch, um bereits im Frühling die Initiative einreichen zu können. Durch die frühzeitige Einreichung können wir ein Zeichen setzen: Dieses Thema muss schnellstmöglich aufs politische Parkett. Falls Du noch angefangene Unterschriftenbögen bei dir zuhause hast, schick uns diese doch zurück. Wir freuen uns über ein volles Postfach!

## AG RÜSTUNG

# Der Rüstungsindustrie auf der Spur

Eine neue Arbeitsgruppe der GSoA beschäftigt sich damit, die Machenschaften der Rüstungsindustrie nachzuzeichnen und zu dokumentieren – deine Chance aktiv zu werden! Von Adi Feller

Seit Jahren widmet sich die GSoA der Recherche über die Produkte und Exporttätigkeiten diverser Schweizerischer Rüstungsunternehmen. Bekannt sind die grossen vier Rüstungsfirmen: Ruag, Rheinmetall Air Defence, GDELS Mowag und Pilatus, doch auch über diese wissen wir noch zu wenig. Daneben gibt es eine Vielzahl an kleinen und Kleinst-Firmen sowie Zulieferbetrieben, die eine wichtige Rolle in der Kette der Waffenproduktion spielen. Diese verschwinden oft unter dem Radar von JournalistInnen und sind trotzdem von grossem Interesse für uns wie auch das Verständnis der Funktionsweise der Schweizer Rüstungsindustrie.

**Kompetenzen entwickeln und bündeln**  
Gerne möchten wir unsere Recherchekapazi-

täten erweitern und dir die Möglichkeit bieten, dich aktiv gegen die Rüstungsindustrie zu engagieren oder einfach deinem wissenschaftlichen Forschungsdrang nachzugehen. Wir möchten auch versuchen, uns über verschiedene Recherchemethoden auszutauschen und so unsere Fähigkeiten zu verbessern. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich, jegliche Rechercheerfahrungen sind natürlich von Vorteil. Jede Person, die Lust hat, sich zu engagieren, ist willkommen. Ziel der Sitzungen ist es, unsere Entdeckungen zu teilen und detaillierte Informationen über die Tätigkeiten der Unternehmen und ihre Produkte zu sammeln. Am Ende möchten wir für jede Firma eine zusammenfassende Dokumentation erstellen, um alle relevanten Informationen auf einen Blick zu haben und weiterverbreiten zu können. Melde dich bei Interesse an [adi@gsoa.ch](mailto:adi@gsoa.ch), um detailliertere Informationen und eine Einladung zur nächsten Sitzung zu erhalten. Geplant ist etwa ein Treffen pro Monat, an dem wir jeweils eine einzelne Firma unter die Lupe nehmen werden.

(og) Die Schweizer Armee soll die «schnells- te der Welt» werden. Dieses hohe Ziel soll unter anderem durch ein beschleunigtes Aufgebot der SoldatInnen erreicht werden: Im Ernstfall werden sie neu per SMS oder Sprachnachricht mobilisiert. Doch wie be- währt sich diese Technologie in der Praxis?

Guten Tag. Dies ist ein Marschbefehl. Begeben Sie sich auf schnellstem Weg zur nächsten Kaserne.

haha :) so en scheiss!

Wenn Sie diesem Befehl nicht Folge leisten, haben Sie eine strafrechtliche Verfolgung durch die Militärjustiz zu gewärtigen.

ey alte was hesch du gno mann??

Ich fordere Sie hiermit ultimatv auf, sich zur nächsten Kaserne zu begeben. Dies ist ein Befehl!

was söll de scheiss alte?? gömeer in chrieg oder was???

Über die Natur Ihres Einsatzes wird Sie zu gegebener Zeit Ihr Kommandant informieren. Ich bin nicht befugt, Ihnen Auskunft zu geben.

ah jetzt weisi du bisch sonen troll vom putin gell

Sie unterschätzen den Ernst der Lage! Dies ist ein Marschbefehl!

ohni scheiss??

fuck mann, wo chani mi füre zivildienst amelde?

DIESE ANFRAGE KANN VOM SYSTEM NICHT BEARBEITETWERDEN \*\*\*FATAL SYNTAX ERROR\*\*\*

(zehn Monate später)

Guten Tag. Dieser Handyaccount wurde gehackt. Bitte ignorieren Sie alle Nachrichten, die von dieser Nummer aus versandt wurden. Sollten Sie irrtümlicherweise trotzdem eingerückt sein, entschuldigen wir uns für die Unannehmlichkeiten. Ihre Schweizer Armee. *This content was brought to you by: RUAG. Together ahead.*

CYBERSICHERHEIT

## Hackerangriff auf die Schweizer Armee

Wie kürzlich bekannt wurde, ist das VBS Opfer eines Cyber-Angriffs geworden. Dabei wurde derselbe Trojaner verwendet, der bereits 2014 bei der Attacke auf die RUAG verwendet worden ist.

Von Sebastian Büchler

Die Schweizer Armee und die moderne Technik: Ein niemals enden wollendes Drama. Dass die Armee ihre Panzer nicht mehr findet oder sinnlose Investitionen tätigt, daran hat man sich leider schon fast gewöhnt. Erschreckenderweise aber lernt sie nicht aus ihren Fehlern. Die ersten elektronischen Angriffe in der Schweiz durch den Trojaner Turla erfolgten 2014. Dieser Trojaner ist schon seit geraumer Zeit in verschiedenen Varianten unterwegs und bekannt dafür, vor allem auf Regierungsbehörden, Forschungseinrichtungen, Botschaften oder Militäreinrichtungen angesetzt zu werden. Wie für einen Trojaner üblich, öffnet dieser eine Hintertür, welche es den Angreifenden ermöglicht, auf die Daten der infizierten Rechner zuzugreifen. Derselbe Trojaner kam auch beim Spionageangriff auf den staatlichen Rüstungskonzern RUAG zum Einsatz, wie im letzten Jahr aufgedeckt wurde. Dabei stahlen die Hacker über 20 Gigabyte an Daten. Wie viele Daten beim neusten Angriff auf das VBS entwendet wurden, welcher diesen Juli zum Vorschein kam, ist nicht bekannt.

### Unsichere Projekte

Diese Vorfälle zeigen auf, dass die Schweizer Armee es immer noch nicht geschafft hat, ihre eigenen Systeme zu sichern. Und dieselbe Institution verlangt unermüdlich Geld für neue Projekte. Ein gutes Beispiel dafür ist das 3,3 Milliarden schwere Projekt «Fitania» zur Modernisierung der Informatik- und Kommunikationstechnik. Es steht unter verschärfter Beobachtung der Eidgenössischen Finanzkontrolle und der parlamentarischen Finanzdelegation. Bleibt zu hoffen, dass sich diese von den Militärfanatikern nicht einschüchtern lassen und der Laissez-faire-Mentalität im VBS auf die Finger klopfen. Geld verschleudert wurde im Bereich IT bereits genug, wie das FIS-Heer-Debakel mit einem 125-Millionen-Abschreiber gnadenlos aufzeigt.

SONDERSTEUERN

## Zusätzliche Wehrpflichtersatzabgabe

Wer nicht genug Dienstage geleistet hat, muss bezahlen. Dies obschon viele gar nicht aufgeboten werden, um die Restzeit abzusitzen. Die neusten in die Vernehmlassung geschickten Änderungen im Überblick. Von Sebastian Büchler

Zukünftig muss der Militär- und Zivildienst zwischen dem 19. und dem 37. Altersjahr geleistet werden. Wer am Ende seiner Dienstzeit nicht alle Dienstage geleistet hat, muss neu eine zusätzliche sogenannte Abschlussabgabe bezahlen. Was laut dem bürgerlich dominierten Bundesrat die Wehrgerechtigkeit verbessern soll, generiert ganz beiläufig Mehreinnahmen von rund sechs Millionen Franken. Viele Dienstpflichtige können gar nicht alle Dienstage leisten, weil sie nicht aufgeboten werden. Auch ist es eine Doppelbestrafung für diejenigen, welche ihre Zeit lieber mit sinnstiftenden Aktivitäten füllen, statt sie in Grün abzusitzen. So ist diese Abschlussersatzabgabe nicht viel

ARMEEWAFFEN

## Der Tod im Schrank

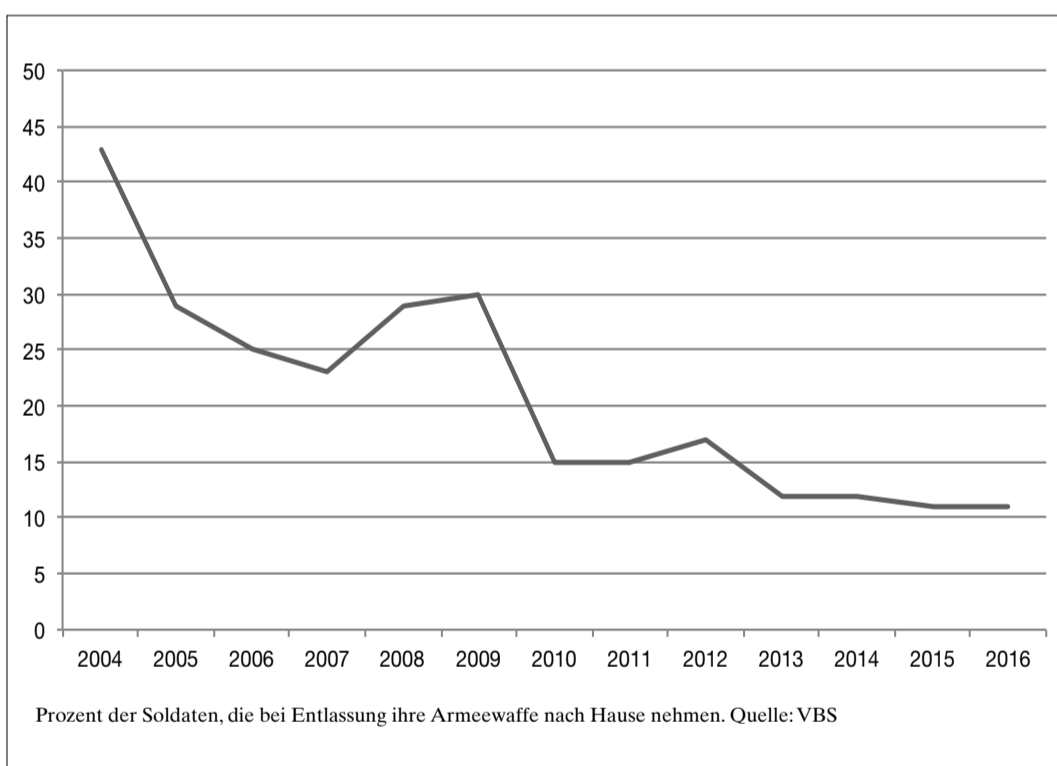
Immer weniger Ordonnanzwaffen landen nach Absolvierung der Dienstpflicht in den Privathaushalten. Das ist erfreulich. Dass die Zahl der Schusswaffen zu Hause erst jetzt zurückgeht, zeigt aber einmal mehr die Realitätsferne der Armee.

Von Magdalena Küng

Mit den Traditionen ist es so eine Sache. Technisch gesehen dient der Begriff dazu, Bräuche, Sitten und vor allem deren Wandel zu beschreiben. Gerne aber werden Traditionen auf ein Podest gestellt, als identitätsstiftend für eine gesamte Gesellschaft bezeichnet und für heilig erklärt. Wenn dann gewisse «Traditionen» aussterben, geht das grosse Drama los. Es überrascht nicht, dass gerade Armeethemen immer wieder als solche Traditionen betitelt werden. Neuster Fall: Die Ordonnanzwaffe. Die Anzahl der Soldaten, die ihre Schusswaffe am Ende ihrer Dienstzeit mit nach Hause nehmen, ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Waren es 2004 noch über 40%, nahmen sie 2016 gerade noch 11% – oder 2500 – nach Hause. Ein Aufschrei ging durch die Kreise der Militärfreunde:

Der Tod einer Tradition, ein Verlust für die Schweiz. Welche Tragödie!

Der grundlegende Fehler dieses Lamentos: Die Waffe nach Hause zu nehmen, war nicht eine Tradition, die sich von alleine entwickelt hat, sondern ein Weisungsbefehl der Armee – ein gefährlicher und unnötiger Befehl. Die einfache Verfügbarkeit von Schusswaffen führt dazu, dass die Schweiz traurige Rekordhalterin der mit Schusswaffen ausgeführten Suiziden ist. Auch in Tötungsdelikten sind Schusswaffen eines der am häufigsten gebrauchten Tatmittel. Dass es erst Verschärfungen brauchte, nämlich eine Kostenbeteiligung von 100 Franken und regelmässige Schiessübungen, damit die Soldaten die Waffe nicht mehr nach Hause nehmen wollten, gibt zu denken. Eine gefährliche Tradition, die erst zu verschwinden beginnt, wenn man sie zu regulieren versucht. Das heisst im Umkehrschluss: Vor den Gesetzesänderungen landeten tödliche Instrumente im Schrank, weil die freiwillige Abgabe die aufwendigere Alternative darstellte. Ein solch lascher Umgang mit Schusswaffen ist mehr als bedenklich. Ihn als Tradition zu bezeichnen ist heuchlerisch.



leisten müssen. Zivildienstleistende kümmern sich dagegen sowieso um ihre eigenen Einsatzbetriebe und müssen eine detaillierte Einsatzplanung für ihre Einsätze vorlegen, wenn sie bis zu einem bestimmten Alter nicht eine Mindestmenge an Dienstagen geleistet haben. So gibt es annähernd keine Zivildienstleistenden, welche bei der Entlassung ihre Dienstpflicht nicht erfüllt haben. Dies gilt jedoch nicht für Militärdienstleistende, welche aufgrund von mangelndem Personalbedarf nicht aufgeboten werden. Denn das Militär hat schlicht zu viele Soldaten, um sie alle einsetzen zu können. Doch anstatt endlich darauf zu reagieren, wird jetzt die Verantwortung auf die Soldaten geschoben. Immerhin: Der Bundesrat verzichtet darauf, gültige Ausweispapiere wie Pass oder Identitätskarte derjenigen einzuziehen, welche die Abgaben nicht fristgerecht bezahlt haben. Diese zuerst geplante Änderung wurde gestrichen, da sie gegen völkerrechtliche Bestimmungen verstossen hätte. Wie es eine solche Schnapsidee überhaupt in den Vorschlag des Bundesrates geschafft hat, bleibt ein Rätsel.



GESCHICHTE

## Mirage heisst Täuschung, Fata Morgana, Wahn

Die Schweiz macht sich wieder einmal dran, neue Kampfjets zu posten. Ein Rückblick. Von Josef Lang

Seit dem 18. Mai 2014 ist für die Schweizer Militärs und ihre politischen Anhänger nichts mehr so, wie es vorher gewesen ist. Das relativ deutliche Nein zur Beschaffung von 22 Gripen zum Kaufpreis von 3,126 Milliarden Franken machte zwei Sachen klar: Derart teure Vorlagen müssen dem Volk vorgelegt werden. Und: Ab nun sind sie Zitterpartien.

Dass der Bundesrat und das Parlament erstmals in der Geschichte einen referendumsfähigen Beschluss vorgelegt haben, hatte zwei Gründe: Erstens sprengten die Kosten den Rahmen der von den Bürgerlichen selber eingeführten Schuldenbremse. Und zweitens hatte die GSoA mit ihrer im Juni 2009 eingereichten Moratoriums-Initiative das Volk auf die Bühne gehievt, von der es nicht mehr zu entfernen war.

### 12 bis 48 Milliarden

Bereits drei Jahre nach dem Volks-Nein liegen für die Beschaffung neuer Kampfjets zwei offizielle Dokumente auf dem Tisch: «Luftverteidigung der Zukunft. Bericht der Expertengruppe Neues Kampfflugzeug» und «Empfehlungen der Begleitgruppe zur Evaluation und Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges» mit VertreterInnen aller Bundesratsparteien. Die vorgeschlagene Zahl der Flieger bewegt sich zwischen 20 und 70, die Kaufkosten (ohne bodengestützte Luftverteidigung) zwischen 4 und 16 Milliarden – bis spätestens 2030. Auf die ganze Lebensdauer von 35 Jahren aufgerechnet lauten die Beträge zwischen 12 und 48 Milliarden. In ihrem «Konzeptpapier Luftwaffe» (Oktober 17) schreibt die SP, dass man mit der Beschaffung bis 2035 warten kann. Da sie gleichzeitig die Zahl von 30 Kampfjets genannt hat, wird ein eventueller Kompromiss mit den Bürgerlichen sicher nicht darunter liegen. Die entsprechenden Lebensdauererwartungen wären 18 Milliarden Franken, was ohne Erhöhung des Militärbudgets kaum möglich ist.

Die GSoA vertritt die Haltung, dass 8 bis 12 Kampfjets für den Luftpolizeidienst reichen. Und dass es unsinnig ist, für surreale Szenarien Abermilliarden zu verpulvern. Die Grünen und die Juso sehen das gleich. Der Bundesrat selber hat 2016 in seinem Sicherheitspolitischen Bericht festgehalten, «dass die Wahrscheinlichkeit gering ist, dass ein Grosskonflikt in Europa ausbricht und die Schweiz dann von diesem militärisch erfasst wird.» Die grösste sicherheitspolitische Herausforderung im Alpenland Schweiz ist die Klimaerwärmung.

### Kriegsphantasien à la Mirage

Alle drei erwähnten Papiere erwägen auch den Kampfeinsatz der Schweizer Luftwaffe jenseits der Landesgrenzen, und zwar ausserhalb des Luftpolizeidienstes. Diese Kriegsphantasien erinnern an eine Aussage, die vor genau 60 Jahren gemacht wurde und zur Mirage-Affäre führte. Der Fliegerchef Etienne Primault, Leiter der Arbeitsgruppe für militärische Flugzeugbeschaffung, sagte am 29. November 1957: «Wenn man ein Flugzeug hätte wie beispielsweise den Mirage, der fähig ist, mit Atombomben nach Moskau zu fliegen, so könnte man sich einen Einsatz auch im Feindesland vorstellen.» Vier Jahre später beschloss das Parlament gegen sechs SP- und drei PdA-Vertreter den Wahnsinn von 100 Kampfjets, die auch Atomwaffen tragen können sollten, zu einem unrealistischen Preis von 871 Millionen Franken. 1964 brach der Mirage-Skandal aus, vor allem weil die Kosten viel zu tief berechnet worden waren. Erstmals in der Schweiz kam es zu einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK). Schliesslich blieb es bei 57 atomwaffenfreien Mirages zu einem Gesamtpreis von 1,2 Milliarden. Gemäss damaliger Doktrin wäre es auf Gleiche herausgekommen, wenn man auf das ganze Geschäft verzichtet hätte. Roman Schürmann schreibt in seinem Buch «Helvetische Jäger. Dramen und Skandale am Militärlhimmel» «Mirage heisst auf Deutsch: Täuschung, Fata Morgana, Wahn.» Lassen wir uns nicht schon wieder täuschen durch Militärstrategen, die in einer Wahnwelt leben oder der Fata Morgana einer Nato-Integration erlegen sind.

## CHRONOLOGIE

### 17.12.2007:

Seit 2003 publizieren Militärs, beispielsweise in der Air Power Review, Beiträge für den Kauf neuer Kampfjets. Anfänglich spielen das Argument der «Nato-Kompatibilität» und das von «robusten Friedenseinsätzen» eine wichtige Rolle. Dabei geht es wesentlich um die Fähigkeit des neuen Kampfjets, im Unterschied zum F/A-18, bombardieren zu können. Zur ersten Kampfjet-Debatte kommt es am 17.12. im Nationalrat im Rahmen des Voranschlags 2008. Die grosse Kammer stimmt mit 101:68 Stimmen einem 8-Millionen-Kredit für den Posten Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung (PEB) zu. Jo Lang kündigt in der Debatte eine Volksinitiative gegen die Beschaffung neuer Kampfjets an. Am gleichen Tag veröffentlicht die GSoA eine Medienmitteilung, in der sie einen eigenen PEB in der Höhe von Fr. 88.80 ankündigt. Dieser soll eine Volksinitiative projektieren und vorbereiten.

### 17.1.2008:

Das VBS teilt mit: «Vier Flugzeughersteller zu Offerten eingeladen».

### 28.3.2008:

Langs Anträge «Transparenz bei der Kampfjet-Beschaffung» werden in der Subkommission 4:3 abgelehnt.

### 30.3.2008:

Die GSoA-VV beschliesst im Kreuz Solothurn die Lancierung einer Volksinitiative mit dem Schlüsselsatz: «Der Bund beschafft bis zum 31. Dezember 2019 keine neuen Kampfflugzeuge.»

### 10.6.2008:

Doppelstart der 7-köpfigen Subkommission «Tiger-F-5-Ersatzbeschaffung» und der Unterschriftensammlung. Patrick Feuz' erster Satz in seinem Kommentar «Kampf um die politische Lufthoheit» (Bund, 11.6.2008) lautet: «Man muss kein Armeegegner sein, um die neue GSoA-Initiative zu begrüssen.»

### 8.6.2009:

Volksinitiative «Gegen neue Kampfflugzeuge» wird innert eines Jahres mit 107'828 gültigen Unterschriften eingereicht. Die Kadenz an Vorstössen und VBS-Mitteilungen erhöht sich markant.

### 26.6.2009:

Masterplan 2009 sieht für Kampfjets 2,2 Milliarden vor.

### 26.9.2009:

Bundesrat lehnt GSoA-Initiative ab.

### 24.6.2010:

Bundesrat teilt Verabschiedung des Sicherheitspolitischen Berichts (SIPOL) mit. Der «Tiger-Teilersatz» wird dabei nicht erwähnt. Auch im Bericht findet er höchstens implizit statt.

### 25.8.2010:

Das VBS teilt mit: «Bundesrat verschiebt TTE-Beschaffung». Die Medien schreiben vom Erfolg der GSoA und vom Ärger der Bürgerlichen. Patrick Feuz hält unter dem Titel «Neue Kampfflugzeuge für zehn Jahre vom Tisch» fest: «Zwar verspricht der Bundesrat, über die Frage neuer Flugzeuge, bis spätestens 2015 zu entscheiden. Damit ist nicht gemeint, dass er bis dann bereits über den Kauf entscheidet. Vielmehr entscheidet er nur über das Verfahren für eine Beschaffung.»

### 15.9.2010:

Ueli Maurer bekräftigt gegenüber einer bürgerlichen Fronde den «Verschiebungs»-Entscheid, der einem Verzichts-Entscheid gleich kommt. Unter anderem spricht er von einem «neuen Verfahren», das nötig wird.



## ZAHLENSPIELE

# Der Kampfjet-Basar

Seit dem Gripen-Nein sind gerade einmal etwas mehr als drei Jahre vergangen und schon wollen die Bürgerlichen wieder Milliarden für neue Kampfjets ausgeben. Dabei scheint eine ernsthafte Bedürfnis- und Bedrohungsanalyse zu fehlen.

Von Lewin Lempert

Ende Mai 2017 war es so weit: Die von SVP-Bundesrat Guy Parmelin eingesetzte Expertengruppe präsentierte ihre Varianten einer neuerlichen Kampfjet-Beschaffung. Dabei wurde mit den Milliarden nur so um sich geworfen. Vier Szenarien mit Totalkosten von 15 bis 54 Milliarden Franken hat das VBS zur Debatte gestellt (Übersicht in untenstehender Tabelle). Seit der Präsentation des Berichts verteidigen SVP und Pro-Armee-Gruppierungen wie die Gruppe Giardino oder die Schweizerische Offiziersgesellschaft vehement die teuerste Variante mit Totalkosten von bis zu 54 Milliarden Franken. Eine Mischung von Szenario zwei und drei mit einem Kostenrahmen von neun Milliarden Franken (sprich Totalkosten von bis zu 27 Milliarden) hat Guy Parmelin Anfang September dem Gesamtbundesrat vorgeschlagen. Dabei wurde er neben den linken BundesrätInnen sogar von Johann Schneider-Ammann zurückgepfiffen, da dieser aufgrund der hohen Ausgaben Sparübungen bei der Bildung befürchtete. Das vierte und letzte Szenario sieht einen Teilersatz der Luftwaffe vor. Für die bestehende Tiger-Flotte würden 20 neue Kampfflugzeuge beschafft werden, während anfangs der 2030er-Jahre die F/A-18-Flotte ersetzt werden würde. Dieses Szenario hat die Stimmbevölkerung bei ihrem Gripen-Nein vehement abgelehnt. Die reinen Beschaffungskosten des letzten Szenarios würden sich noch immer über den abgelehnten Ausgaben für den Gripen bei rund fünf Milliarden Franken bewegen.

### Referendumsfähige Vorlage?

Die Begleitgruppe zur Evaluation und Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges war zu allem hinzu noch so dreist, all diese Milliarden-Ausgaben am Volk vorbeischmuggeln zu wollen und empfahl, keine referendumsfähige Vorlage zu gestalten. Mit der Präsentation der Empfehlungen der Begleitgruppe und dem Bericht der Expertengruppe ging der Kampfjet-Basar aber erst richtig los. Bis heute scheint es so, als ob es die Bürgerlichen vor allem interessieren würde, möglichst viel Geld freischaufeln zu können, anstatt über reale Bedrohungsszenarien oder die Bedürfnisse, welche im Schweizerischen Luftraum überhaupt vorhanden sind, zu sprechen. Nicht anders ist auch das Vorgehen von Bundesrat Parmelin zu verstehen. Bevor eine Evaluation der Flieger stattfindet, wollte er sich vom Gesamtbundesrat ein

Kostendach von neun Milliarden Franken genehmigen lassen. Mit diesen neun Milliarden Franken hätte er dann einen Blanko-Check in den Händen, mit welchem er auf Shoppingtour gehen könnte. Ob am Schluss einer solchen Shoppingtour ein Beschaffungsvorhaben herauskommen würde, welches auf völlig über-teuerte F35-Tarnkappenjets oder aber doch auf einen erneuten Versuch mit dem Gripen setzt, ist nicht vorauszusehen. Das Konzept lautet: Zuerst das Geld bewilligen lassen und dann mal schauen, was wir überhaupt brauchen. Der Gesamtbundesrat hat den ersten Versuch Parmelins gestoppt, doch ein weiterer wird folgen. Klar bleibt: Wenn irgendein Verein in diesem Stil, ohne die genauen Ausgabenposten zu kennen, sein Budget machen würde, wäre er wohl in kürzester Zeit pleite.

### Was will die GSoA?

Nicht ganz überraschend entspricht keines der vorgeschlagenen VBS-Szenarien der Vorstellung einer reinen Luftpolizei, wie sie die GSoA schon während der Gripen-Abstimmungskampagne vorgeschlagen hatte. Um die Sicherheit im Luftraum wie beispielsweise die Überprüfung von nicht identifizierbaren Flugzeugen gewährleisten zu können, braucht es maximal acht bis zwölf Flugzeuge. Für diese Aufgabe sind auch nicht zwingend Hochleistungskampfjets nötig. Billigere Alternativen oder auch Occasionsjets müssen auf jeden Fall in die Überlegungen miteinbezogen werden. Dass es auch Länder wie Irland gibt, welche ganz ohne Kampfjets auskommen und auch nicht in der Nato sind, ist hier der Vollständigkeit halber erwähnt.

### Nachtrag

(af) Am 8. November 2017 hat der Bundesrat entschieden, für acht Milliarden Schweizer Franken Kampfflugzeuge und Boden-Luft-Waffen zu kaufen. Wie viele Kampfjets und von was für einem Typ soll später geklärt werden. Ob die Stimmbevölkerung zur grössten Rüstungsbeschaffung der Schweizer Geschichte ihre Stimme abgeben kann, ist noch nicht sicher. Das VBS hat den Auftrag bekommen verschiedene Varianten vorzuschlagen – auch solche ohne Referendumsmöglichkeit. Jetzt gilt es Druck zu machen, dass wir ein solches Vorgehen nicht akzeptieren. Eine Abstimmung ist zwingend nach dem Nein zum Gripen. Ganz nebenbei sollen zusätzliche acht Milliarden Franken für die Aufrüstung der Bodentruppen ausgegeben werden.

### 1.10.2010:

Im Armeebericht 2010 bekräftigt der Bundesrat den «Verschiebungs»-Entscheid. Der Titel darüber lautet: «Verzicht auf Tiger-Teilersatz».

### 13.11.2010:

Die GSoA-VV beschliesst den Rückzug der Kampfjet-Initiative. Gleichzeitig kündigt sie für den Fall, dass das Parlament den Bundesrat desavouiert die Lancierung eines Referendums und sollte ein solches nicht möglich sein, die einer Express-Initiative an.

### 1.6.2011:

Ständerat beschliesst 100'000er Armee und Sonderfinanzierung der Kampfjets.

### 14.9.2011:

Ueli Maurer sagt im NR, dass 80'000er Armee ohne Kampfjets «eigentlich 5 Milliarden» koste.

### 15.9.2011:

Nationalrat beschliesst 100'000er Armee und Kampfjets für fünf Milliarden im Rahmen des Budgets – also ohne Referendumsmöglichkeit. Diese Haltung setzt sich in der Bundesversammlung durch.

### 30.11.2011:

Bundesrat beschliesst Beschaffung von 22 Gripen.

### 15.4.2012:

GSoA gründet mit der Swedish Peace and Arbitration Society (SPAS) ein Bündnis gegen die Kampfjetbeschaffung.

### 26.4.2012:

Bundesrat schlägt Fondsgesetz und 4,7 Milliarden Budget vor. GSoA kündigt Referendum an.

### 13.6.2012:

Das um zusätzliche schwedische und schweizerische Friedensorganisationen erweiterte Bündnis gegen den Kampfjetdeal stellt sich der Öffentlichkeit vor.

### 14.11.2012:

Bundesrat veröffentlicht Botschaft für 22 Kampfjets und Fondsgesetz.

### Herbst-Session 2013:

National- und Ständerat beschliessen Gripen-Beschaffung im Rahmen des Rüstungsprogramms 12 (114:70 / 27:17) und des Fondsgesetzes (119:71 / 25:17). GSoA kündigt Referendum an.

### 8.10.2013:

Referendum gestartet.

### 21.11.2013:

Editorial GSoA-Zitig – GSoA hält ihr Versprechen. Sie sammelt aktiv Unterschriften und sorgt für deren Beglaubigung.

### 14.1.2014:

Das linke und das liberale Referendumskomitee reichen 100'000 Unterschriften ein.

### Frühjahr 2014:

Die GSoA beteiligt sich im Hintergrund äusserst aktiv im Abstimmungskampf.

Szenario	Was?	Kosten gemäss VBS	Kosten inkl. Lebensdauer
1	55-70 Jets und umfangreiche Erneuerung Bodluf	15-18 Milliarden	45-54 Milliarden
2	40 Jets und abgespeckte Erneuerung Bodluf	9 Milliarden	27 Milliarden
3	30 Jets und umfangreiche Erneuerung Bodluf	8-8,5 Milliarden	24-25,5 Milliarden
4	20 Jets als Erstatz für Tiger-Flotte, abgespeckte Erneuerung Bodluf	5 Milliarden	15 Milliarden

PRO

## Zivis statt Soldaten!

Zivildienstleistende sollen an der Grenze flüchtende Menschen begleiten und betreuen. Das ist sinnvoll, auch wenn diese Einsätze keinen grundlegenden Wandel der unmenschlichen Schweizer Migrationspolitik bewirken. *Von Andreas Weibel*

Im vergangenen Jahr verlangten verschiedene bürgerliche PolitikerInnen, dass angesichts der vielen flüchtenden Menschen die Armee an der Schweizer Grenze eingesetzt werden solle. Die GSoA reagierte an ihrer Vollversammlung mit einer Resolution, die forderte, dass anstelle der Armee der Zivildienst und der Zivilschutz den Empfang und die Betreuung von Schutzsuchenden übernehmen sollen. Tatsächlich sind nun einige solche Zivi-Stellen geschaffen worden. Die Zivildienststellen sind von der Grenzwa- che ausgeschlossen, das heisst dem uniformierten Teil der Zollverwaltung, die dem Finanzdepartement untersteht. Die Grenzwa- che ist zwar bewaffnet, aber eine zivile Verwaltungseinheit. Zivis in den neu aus- geschriebenen Stellen müssten sich an die Anweisungen des Einsatz-

betriebes halten, wie das bei jeder Zivildienst-Stelle der Fall ist. Die Pflichtenhefte der neuen Stellen sind sehr unterschiedlich: In einer Beschreibung geht es um «Begleitung und Betreuung von Migran- tInnen», in einer anderen um die «Verhinde- rung von illegaler Einreise, Ausreise oder Auf- enthalt».

### Kleine Schritte der Ent- Militarisierung

Was klar ist: Die Schweizer Migrationspolitik ist unmenschlich. Der Zivildienst ist Teil dieses Systems, egal ob er nun neu Einsätze an der Grenze oder wie bisher in vielen Asylheimen sowie im Ausschaffungsgefängnis leistet. Würde sich der Zivildienst aus diesem Bereich zurückziehen, würde das niemandem helfen, der in der Schweiz Schutz sucht. Im Gegenteil: Es ist allemal besser, wenn Zivis in ihren blau-braunen Kapuzenpullis flüchtende Menschen aus Kriegs- gebieten in Empfang nehmen und betreuen als unerfahrene Rekruten mit einem Sturmgewehr.



CONTRA

## Zivilist bleiben!

Der Zivildienst ist eine sinnvolle Institution und die Arbeit der Zivis verleiht vielen Aufgaben ein menschliches Gesicht – doch darf dieses nicht zur Maskierung einer unmenschlichen Flüchtlingspolitik dienen. *Von Adi Feller*

Überraschend war die Nachricht: das Grenz- wachtkorps schreibt mehrere Zivildienststellen aus. Einen Einsatz soll es im Tessin geben, einen im Wallis – als Pilotversuche für weitere ähnl- iche Einsätze. Zu den Aufgaben der Zivis ge- hören dabei – zumindest gemäss Pflichtenheft des einen Einsatzes – die Unterstützung der Durchsetzung von Zwangsmassnahmen im Asylwesen und die Unterstützung einer ab- schreckenden Asylpolitik.

Der Einsatz ist freiwillig – doch die Zivis sollen in die militärische Befehlsstruktur des bewaff- neten Grenzwachtkorps integriert werden. Originalton des Tessiner Pflichtenhefts: «con- sapevolezza dell'essere integrato in un'istitu- zione strutturata militarmente e armata». Da-

bei ist doch gerade die Verhinderung der Un- terwerfung der Menschen unter solche Struk- turen einer der Grundzwecke der Existenz des Zivildienstes.

### Kein Fussbreit der Militarisierung

Auch wenn es nur Piloteinsätze sind – sie sind das Einfallstor für weitere Entwicklungen in diese Richtung und sollen die unmenschliche Flüchtlingspolitik der Schweiz hinter einem – wenigstens partiell – etwas freundlicheren An- gesicht verschleiern. Die Zivis müssen auch in ihren offiziellen Uniformen Dienst leisten – es darf ja nicht sein, dass eine auf Abschreckung gestaltete Institution wie die Grenzwa- che plötzlich uneinheitlich zivil aussieht. Somit würden Flüchtlinge einfach von (etwas weniger be- drohlichen) anderen Uniformierten in Emp- fang genommen und betreut werden. Bleibt ganz grundsätzlich noch zu hoffen, dass sich kein einziger Zivildienstleistender für diesen Einsatz meldet und somit der ganze Versuch aus Mangel an Interesse wieder begraben wer- den muss.

INSERAT

**WIDERSPRUCH**  
Beiträge zu sozialistischer Politik **70**

**Militarisierung,  
Krieg und Frieden**

Global findet eine noch nie da gewesene militarisierte Akkumulation und militärische Aufrüstung statt.

Demgegenüber zeigen einige Aufsätze in WIDERSPRUCH 70, dass es konkrete Ansätze und Praktiken des Friedens gibt, insbesondere auch von Frauen.

**WIDERSPRUCH 70 mit 184 Seiten gibt's für Fr. 25.-- im Buchhandel oder direkt bei [www.widerspruch.ch](http://www.widerspruch.ch)**

**noch viel geschickter ist es, den WIDERSPRUCH für Fr. 40.-- (2 Hefte) zu abonnieren!**

ZIVILDIENTST

## «Der Zivildienst droht unsere Milizarmee langsam, aber sicher zu zerstören»

Die MilitärbefürworterInnen in der Armee, der Zeitschrift «Schweizer Soldat» und dem Parlament haben ein Feindbild: den Zivildienst. Er gefährde die Armee in ihrem Innern, nehme ihr Leute weg und produziere nur «Soziales» statt «Sicherheit». Doch nun haben sie «die Bedrohung» erkannt. *Von Lewin Lempert*

«Auf die Gefahr hin, dass wir uns wiederholen, sei hier noch einmal klipp und klar gesagt: Das Gift des Zivildienstes frisst sich unheimlich in unser Wehrwesen hinein. [...] Der Zivildienst droht unsere Milizarmee langsam, aber sicher zu zerstören.» schreibt Peter Forster, Chefredaktor des «Schweizer Soldat», im Dezember 2016. Forster scheint noch immer nicht darüber hinweggekommen zu sein, dass die Gewissensprüfung beim Übertritt in den Zivildienst vor beinahe zehn Jahren abgeschafft wurde. Im Editorial des «Schweizer Soldat» vom September dieses Jahres schreibt er: «Das [angebliche Problem bei den Berufsmilitärs] erinnert an den bitteren Winter 2008/2009, als der Politiker Studer auf leisen Sohlen die Gewissensprüfung zum Zivildienst abschaffte.» Doch wie ein echter Soldat gibt Forster natürlich die Hoffnung nicht auf: «Noch ist nichts zu spät. Die Bedrohung ist erkannt.»

### «Abschleicher»

Doch es sind nicht nur die verkappten Kalten Krieger beim «Schweizer Soldat», die sich im

Zivildienst-Bashing üben. Von der obersten Führungsetage der Schweizer Armee klingt es in etwa ähnlich. Philippe Rebord, Chef der Armee, meint jedenfalls, dass der Zivildienst zu attraktiv sei und der Armee die Leute wegnehmen würde. Und auch von Seiten gewisser FDP-Nationalräte werden Zivildienstleistende schlicht als «Abschleicher» bezeichnet. Dass solche Diffamierungen vielen Zivis sauer aufstossen, ist nicht verwunderlich. So hat sich im Verlaufe der medialen Debatte ein Ex-Grenadier gemeldet, der in den Zivildienst «abgeschlichen» ist. Auf die Frage, weshalb gerade ein Grenadier, der Stolz der Schweizer Armee, in den Zivildienst wechselte, sagte Nicola Leiseder im Juli dieses Jahres der Aargauer Zeitung: «Zu schaffen machte mir das weitverbreitete rechte Gedankengut unter den Grenadieren. Wer auf den Fahrten im Duro nicht bei der Nationalhymne mitsang, wurde aggressiv zu- rechtgewiesen.» Immer wieder werden Zivildienstleistende, die während der RS in den Zivildienst wechseln, als Ressourcenverschwendung betrachtet. Doch auch da hat Leiseder eine Antwort: «Die Verschwendung [in der Armee] findet bei den nicht kompatiblen IT-Systemen oder beim sinnlosen Verballern von Munition statt, aber sicher nicht bei den paar hundert Zivildienstabgängern.» Und schlussendlich stellte Leiseder klar: «Als Zivildienstler leiste ich anderthalb mal so viele Dienstage, wie ich es in der Armee noch hätte tun müssen. Wenn mich jetzt jemand als «Ab-

schleicher» betitelt, nehme ich das persönlich.»

### Motion zur Verlängerung des Zivildienstes angenommen

Dieses Zivildienst-Bashing hat sich mittlerweile auch im Parlament durchgesetzt. In der diesjährigen Sommersession hat der Nationalrat eine Motion angenommen, die verlangt, dass sich Armeeabgänger nur noch die Hälfte der geleisteten Dienstage anrechnen lassen dürfen. In der Begründung der Motion sagt FDP-Nationalrat Walter Müller «Wer Militärdienst leistet, der generiert das Produkt Sicherheit. Wer Zivildienst leistet, generiert das Produkt Soziales», geflissentlich ignorierend, dass soziale Sicherheit gleichzeitig Konfliktprävention ist.

Zudem verlangt die grosse Kammer, dass Zivildienstleistende in Zukunft wie Militärangehörige klar gekennzeichnet werden und sagt somit ja zu einem Uniformzwang. Bereits im März nahm der Nationalrat eine Motion an, um die Vollzugsstelle für den Zivildienst vom Wirtschafts- ins Verteidigungsdepartement zu verschieben. Zu hoffen bleibt nun, dass sich die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates von den kalten Kriegern keinen Sand in die Augen streuen lässt und die entsprechenden Motionen ablehnt. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, prüfen wir sämtliche Schritte bis hin zu einem denkbaren Referendum.

## STREUMUNITION

# Steigt Textron aus?

In den USA wird mit Schweizer Geld Streumunition hergestellt. Textron, der Hauptproduzent von Streumunition, verspricht nun, bis Ende Jahr seine Produktion einzustellen. Von Eva Krattiger

Textron ist ein US-amerikanischer Mischkonzern und einer der grössten Kriegsmaterialproduzenten weltweit. Rund 27 Prozent des Umsatzes erzielte Textron 2015 durch die Produktion von Waffen. Nebst konventionellem Kriegsmaterial produziert der Konzern auch Streumunition.

Seit 2008 haben 102 Staaten die Streubomben-Konvention unterzeichnet und ratifiziert. Weitere 17 haben den Vertrag unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert. Die Konvention legt fest, dass Vertragsstaaten Streubomben nicht verwenden, produzieren, lagern, transferieren oder in irgendeiner Weise zu diesen Tätigkeiten beitragen dürfen. Die Cluster Munition Coalition und die Mehrheit der beteiligten Staaten verstehen darunter auch, dass Banken und andere Finanzakteure illegal handeln, wenn sie in Unternehmen investieren, die Streumunition herstellen.

Die USA hat die Streubomben-Konvention nicht unterschrieben, weshalb Textron weiterhin Streumunition produzieren und exportieren kann. So belieferte die Firma in den vergangenen Jahren unter anderem die Türkei, Oman, die Vereinigten Arabischen Emirate, Südkorea, Indien, Saudi Arabien und Taiwan, welche die Konvention ihrerseits auch nicht unterzeichnet haben.

Zum Einsatz kam Streumunition im letzten Jahr im Syrien- und im Jemenkrieg. Zudem vermutet die Cluster Munition Coalition Einsätze im Irak und in Libyen. Opfer dieser Einsätze waren zu 98 Prozent ZivilistInnen. Wie

in jeder Erhebung von Kriegsoffern muss man aber davon ausgehen, dass viele Opfer gar nicht registriert wurden. Auch in Laos starben im letzten Jahr Menschen durch Streumunition, obwohl das Land zuletzt in den 1960er Jahren durch die USA bombardiert worden war. Damals blieben einzelne scharfe Munitionseinheiten liegen, welche bei Kontakt bis heute explodieren können.

## Welche Rolle spielt die Schweiz?

Die Schweiz hat die Streubomben-Konvention 2012 ratifiziert und die Verbote mit den Arti-

keln 8b und 8c des Kriegsmaterialgesetzes im Februar 2013 verabschiedet. So weit, so gut. Nur gingen die Investitionen Schweizer Finanzakteure in Textron nach der Einführung des Verbots nicht zurück. Denn dank einem Schlupfloch im Kriegsmaterialgesetz sind indirekte Investitionen in Unternehmen, die Streumunition produzieren, in der Schweiz immer noch zulässig. So investieren Credit Suisse, UBS und die Zürcher Kantonalbank bis heute in Textron.

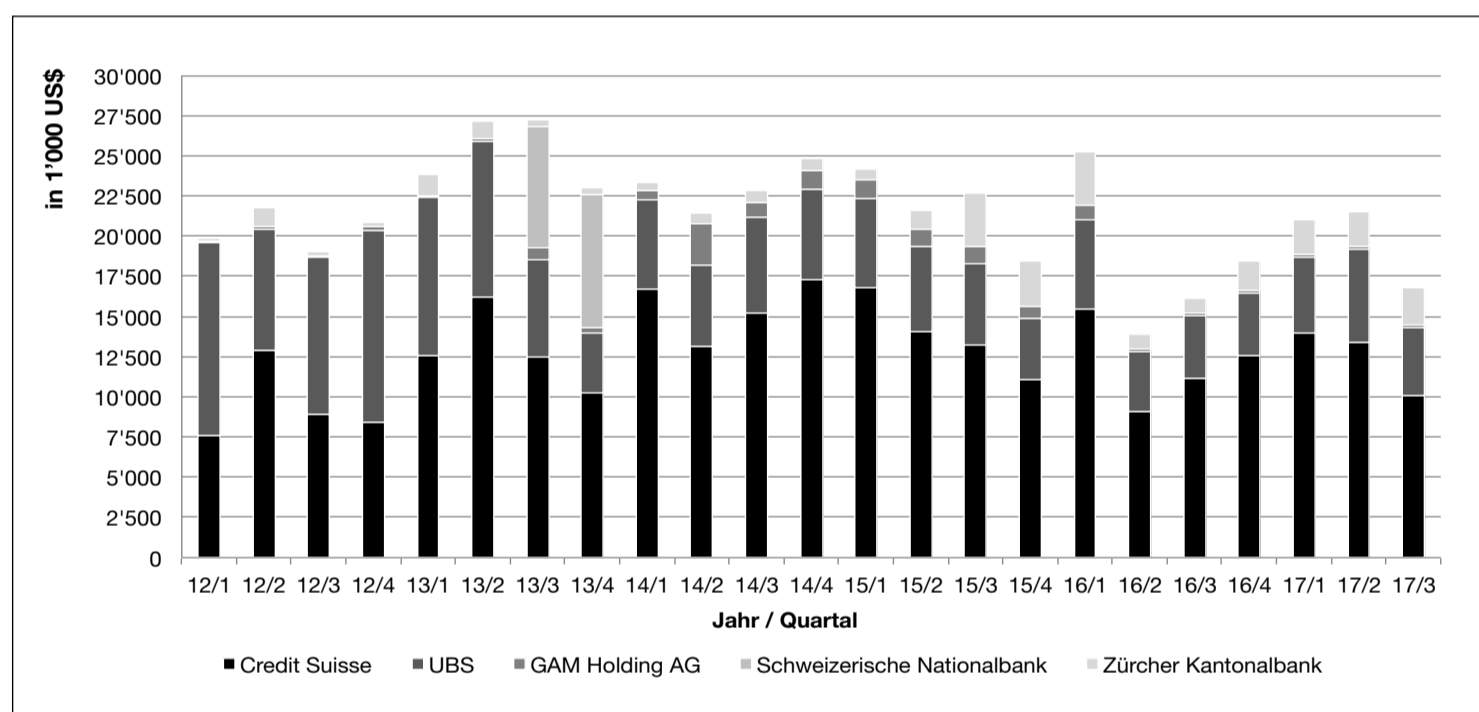
Doch einige Finanzakteure schliessen Investitionen in Textron bereits aus. So hat beispielsweise die Publica, die Pensionskasse des Bundespersonals, angekündigt, den Empfehlungen des Schweizer Vereins für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen zu folgen. Dieser em-

pfehlt, keine Investitionen in Textron zu tätigen.

## Wie geht es weiter?

Textron hat im August 2016 angekündigt, die Produktion von Streubomben einzustellen und bis 2017 die letzten Lieferungen durchzuführen. Textron begründet diesen Entscheid damit, dass es im aktuellen politischen Umfeld schwierig sei, die nötigen Erlaubnisse für den Verkauf zu erhalten. Es bleibt zu hoffen, dass sich dieses Umfeld auch mit Donald Trump als Präsident nicht zu Textrons Gunsten verändert hat und die Produktion wirklich eingestellt wird. Denn wie das Beispiel Laos zeigt, verursacht Streumunition auch noch Jahrzehnte nach ihrer Produktion und ihrem Einsatz zivile Opfer.

Investitionen Schweizer Finanzakteure in Textron



## PRIVATARMEEN

# Söldner des 21. Jahrhunderts

Private Sicherheits- und Militärfirmen boomen. Sie verändern die Logik des Krieges und bringen neue Probleme und Gefahren mit sich. Auch die Schweiz mischt in diesen Geschäften mit. Von Michael Christen

Die neoliberalen Schlagworte «Privatisierung» und «Deregulierung» machen auch vor den Streitkräften dieser Welt nicht halt. Wo in einigen Ländern das staatliche Gewaltmonopol als unantastbar gilt, wird es andernorts laufend geschwächt. Damit gemeint ist das (Wieder-)Aufkommen von privaten Sicherheits- und Militärfirmen. Früher unter den Begriffen Söldner oder Reisläufer bekannt, spricht man heute von PMC – Private Military Company. Eine PMC ist ein privates Unternehmen, das beauftragt wird, in Kriegs- oder Krisengebieten militärische Aufgaben zu erfüllen. Auftraggeber kann ein Staat sein, aber auch ein Unternehmen – beispielsweise ein Rohstoffkonzern, der in einer instabilen Region eine Mine bewachen lässt.

Insbesondere in den USA floriert dieses Geschäft. So setzen sie mittlerweile mehr Angehörige solcher Firmen im Ausland ein als reguläre Truppen. Das grösste und wohl auch bekannteste amerikanische Militärunternehmen nennt sich seit seiner Namensänderung «Academi». Früher war das Unternehmen unter dem Namen «Blackwater» bekannt. Die Rolle dieser Firma im Irak wurde unter ande-

rem durch Wikileaks dokumentiert, das schwere Misshandlungen und Morde an ZivilistInnen durch Blackwater-Mitarbeitende aufdeckte. Zudem taucht der Name immer wieder im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Ukraine auf. Dies wird aber von offizieller Seite stets dementiert.

## Ein spezielles Geschäft

Diese Praxis bietet für die Staaten perfide Vorteile, aber auch gewichtige Nachteile. Ein bedenklicher Vorteil für die Regierungen ist, dass die Mitarbeitenden von privaten Militärfirmen rechtlich als Zivilpersonen gelten und somit nicht in den Statistiken der im Einsatz getöteten und verwundeten Soldaten auftauchen. So werden diese Statistiken künstlich tief gehalten. Ebenfalls muss der Staat gar nicht erst als kriegführende Partei ausgewiesen werden. Für die Staaten bildet sich aber ein Abhängigkeitsverhältnis. Im heiklen Sicherheitsbereich kann man die Firmen nicht von einem Tag auf den Anderen auswechseln. Häufig handelt es sich um Geheimnisträger und ein hoher technischer Aufwand ist nötig. Besonders problematisch: Private Militärunternehmen unterliegen der Logik des Profits, wodurch sie kein besonders grosses Interesse daran haben, einen Konflikt möglichst schnell zu lösen. Durch ihren Status als Zivilpersonen bietet sich den Mitarbeitenden von Privatarmeen eine völkerrechtliche Grauzone. Inwieweit für sie das

Kriegsvölkerrecht und insbesondere die Genfer Konventionen gelten, ist umstritten. Sean McFate, Söldnerexperte aus den USA meint dazu: «Wir haben mehr Gesetze über die Herstellung von Spielzeugautos als über das Outsourcen von Feuerkraft. [...]»

## Unwirksames Gesetz

Wie in vielen Bereichen ist auch in diesem Kontext die Schweiz mit dabei. Seit dem 1. September 2015 ist das «Bundesgesetz über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen (BPS)» in Kraft. Dieses Gesetz verbietet jedoch keine Söldner-Tätigkeiten, sondern stellt sie lediglich unter Meldepflicht. Gemäss dem Tätigkeitsbericht zu diesem Gesetz gibt es in der Schweiz zurzeit 34 Unternehmen, die in diesem Bereich tätig sind. Darüber hinaus wird festgehalten, dass die zuständige Behörde, das Eidgenössische Departement des Äusseren (EDA), von ausländischen Unternehmen kontaktiert wurde, die sich in der Schweiz niederlassen möchten. Das EDA schliesst daraus, «dass für diese Unternehmen die Einhaltung des BPS kein Nachteil darstellt und die Schweiz trotz dieser Gesetzgebung einen komparativen Vorteil gegenüber ihrem aktuellen Sitzstaat aufweist.» Für die GSoA war bereits vor Einführung dieses Gesetzes klar, dass nur ein Verbot etwas an der Situation ändern könnte. Diese Position hat sich bis heute nicht geändert.



## Vielen Dank!

(af) Über viele Ausgaben hinweg hat die ehemalige GSoA-Sekretärin Daniela Fischer sich um die Redaktion der Zitig gekümmert. Sie musste sich mit kleinen und grossen Problemen des Organisationschaos einer Zeitungsproduktion mit viel Freiwilligenarbeit auseinandersetzen und hat dies voller Elan erledigt und andere dabei motiviert. Auch dass die Zeitung zuverlässig zweisprachig deutsch und französisch erscheint, ist ihr und Mélanie Glayre (herzlichen Dank auch an dich!) zu verdanken. Hiermit möchten wir uns ganz herzlich bei dir für

alles bedanken! Wir wünschen dir auf deinem weiteren Weg alles Gute und freuen uns, dich bei diversen anderen GSoA-Aktivitäten weiterhin zu treffen. Die Zeitungsproduktion wird ohne dich nicht mehr dieselbe sein – auch wenn sie natürlich weitergehen wird. Judith Schmid, die seit einiger Zeit auf dem Sekretariat in Bern arbeitet, wird Danielas Aufgaben übernehmen – Dank ihrer Ausbildung als Grafikerin und ihrer Schreib-erfahrung bringt sie Kontinuität und Veränderungspotential zugleich mit.

## \* Es gibt immer Grund zum Feuern!

(af) Wer träumt in Zeiten von globalem Terror und Dauerkrise nicht davon, seine persönliche Sicherheit zu erhöhen? Die Welt ist ein unsicherer Ort, doch manchmal können einfachste Mittel Grosses bewirken. Wenn Amokläufe die Verkaufszahlen für Waffen in die Höhe schiessen lassen, können wir nicht zurückstehen. Wer träumt nicht davon, sein eigenes handliches Selbstverteidigungswerkzeug mit sich herumzutragen? Wir bieten die pazifistische Alternative – garantiert Waffengesetzkonform. Das Feuerzeug Marke «Gregor – das glückliche Gewehr» verbindet einfache Handhabung und Dauerhaftigkeit mit grosser Zielsicherheit. Egal, ob zum Anzünden einer Kerze, eines Lagerfeuers oder für romantische Stimmung an Konzerten –

mit Gregor stehst du immer im Mittelpunkt und verbreitest rundherum Freude. Denn in diesem Punkt sind sich nicht nur KriegstreiberInnen und WaffenlobbyistInnen einig: Es gibt immer Grund zum Feuern! Nimm diese einmalige Gelegenheit wahr und sichere dir das unglaubliche Feuerzeug Marke «Gregor» für nur zwei Franken. Bestellung ganz einfach via untenstehenden Talon oder im Shop auf der GSoA-Homepage.



### LESERBRIEF

#### Leserbrief zum Artikel «Gleichstellung? Von wegen!» in der GSoA-Zitig 171 auf S.3

Ich hätte erwartet, dass gerade in der GSoA-Zitig darauf hingewiesen wird, dass nach wie vor 85 % der Gratisarbeit von Frauen geleistet wird. Sie erziehen unsere Kinder, führen den Haushalt, kochen und pflegen die Alten und Kranken. Alles gratis. Das ist meines Erachtens der tiefere Grund, warum Frauen nicht auch noch in's Militär müssen. Es reicht völlig, wenn wir Männer in diesem Wahnsinn mittun. Mit wahrer Gleichstellung hat das nichts zu tun. Das kooperative Prinzip, das vor allem von Frauen vertreten wird, wird auf dem Altar der Konkurrenz geopfert, einem Prinzip, das vor allem von Männern vertreten wird.

Das Prinzip der Gleichstellung wird aus der Optik der Männer betrachtet. Wenn die Frauen so sind wie die Männer, wenn sie das Gleiche wollen und tun, dann sind sie gleichgestellt. Es wäre an der Zeit, dass wir Männer etwas mehr von den fraulichen Qualitäten umsetzen würden. Das wären entscheidende Schritte zu einer wahren Gleichstellung. Bei den Indianern, bei den Cherokees gab es einen Friedens-Häuptling und einen Kriegs-Häuptling. Der Entscheid des Krieges-Häuptlings wurde vor der Ausführung dem Rat der Frauen vorgelegt. Nur wenn die Frauen fanden, dass es zum Krieg keine Alternative gab, wurde Krieg geführt. Die Cherokees haben nie einen Angriffskrieg geführt.

Paul Christ, Bärau

**GREGOR,**  
das glückliche Gewehr

Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube:  
[www.youtube.com/user/GregorsGunTV](http://www.youtube.com/user/GregorsGunTV)



## GSoA-Material...

### Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Strasse/Nummer \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort \_\_\_\_\_

Tel. \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_  E-Mail für Newsletter registrieren

Stk.	Bezeichnung	für Frau/Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
<input type="checkbox"/>	Peace-Button			Fr. 1.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	Pullover «If war is the answer...»	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «Stopp Kampffjets!»	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «Gregor»	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 20.-	
<input type="checkbox"/>	«Gregor»-Feuerzeug			Fr. 2.-	
<input type="checkbox"/>	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.-	
<input type="checkbox"/>	Friedensfahne		<input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.-	
<input type="checkbox"/>	Kleber			kostenlos	
<input type="checkbox"/>	A5-Unterschriftenkarten Kriegsgeschäfte-Initiative			kostenlos	
<input type="checkbox"/>	Kleber Kriegsgeschäfte-Initiative			kostenlos	
<input type="checkbox"/>	<b>Material zur AUSGESCHOSSEN!-Kampagne:</b>				
<input type="checkbox"/>	Feuerzeug AUSGESCHOSSEN!			Fr. 2.-	
<input type="checkbox"/>	Stofftasche AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.-	
<input type="checkbox"/>	Turnbeutel AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.-	

**Versandkostenanteil** **Fr. 4.80**

Ich werde GSoA-Mitglied  Verdienende Fr. 100.-  Nichtverdienende Fr. 50.-

Spende  Fr. \_\_\_\_\_  Fr. 50.-  Fr. 20.-  Fr. 10.-

Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich

**Rechnungsbetrag**  
Bestellung: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, [www.gsoa.ch/material](http://www.gsoa.ch/material)



### Impressum

**Redaktion:** Felix Birchler (fb), Sebastian Büchler (sb), Michael Christen (mc), Stefan Dietiker (sd), Adi Feller (af, verantwortlich), Daniela Fischer (df), Amanda Gavilanes (ag), Mélanie Glayre (mg), Josef Lang (jl), Lewin Lempert (ll), Nora Komposch (nk), Eva Krattiger (ek), Magdalena Küng (mk), Michel Monod (mm), Youniss Mussa (ym), Oger (og), Martin Parpan (mp), Seraina Patzen (sp), Judith Schmid (js), Tobia Schnebli (ts), Basil Schöni (bs), Andreas Weibel (aw)

**Cartoons:** Oger **Layout:** Regula Meili **Druck:** ROPRESS Zürich  
**Auflage:** 20 000, mindestens viermal jährlich **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- PC-Konto: PC 40-37315-5  
**Verlag:** GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: [gsoa@gsoa.ch](mailto:gsoa@gsoa.ch), [www.gsoa.ch](http://www.gsoa.ch)

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer CreativeCommons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.